Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 278 — Halver, Donnerstag, 1. Dezember 1955 — 1955

Zwei große Tage in Bonn

Regierungserklärung zur Außenpolitik

Breiter Raum für Genfer Konferenz und Wiedervereinigung - Große Bundestagsdebatte am Freitag

wl. Bonn, 30. November

Am Donnerstag um 9 Uhr wird Bundesaußenminister Dr. v. Brentano vor dem Bundestag in einer Regierungserklärung die Grundzüge der künftigen deutschen Außenpolitik bekanntgeben. Die Regierungserklärung wurde am Mittwoch vom Bundeskabinett eingehend beraten und anschließend gebilligt. In der Erklärung wird sowohl den Ergebnissen der Genfer Konferenz und dem sowjetischen Verhalten in der Frage der deutschen Wiedervereinigung als auch der Saarfrage und dem Problem der europäischen Einigung ein breiter Raum eingeräumt.

Eine gemeinsame Entschließung aller Parteien zur Außenpolitik wird es voraussichtlich nicht geben, da der SPD-Vorsitzende Ollenhauer am Mittwoch eine eigene SPD-Entschließung ankündigte. Hierin soll die Bundesregierung zu einer stärkeren Initiative in der Wiedervereinigungsfrage aufgefordert und ersucht werden, mit allen vier Großmächten, also auch mit der Sowjetunion, engere Kontakte in dieser Frage anzustreben. Die Debatte soll den ganzen Freitag über dauern.

In der Regierungserklärung wird der Außenminister folgende Punkte besonders hervorheben: 1. Die Pariser Verträge werden von der Bundesrepublik loyal und rückhaltlos erfüllt, sowohl dem Buchstaben als auch dem Geiste nach. 2. Zweiseitige Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung werden nicht stattfinden, vielmehr erwartet die Bundesregierung hierüber eine Einignug auf Viermächtebasis. 3. Die freundschaftlichen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten werden noch verstärkt, da die Sowjetunion auf der Genfer Konferenz nicht die allergeringste Bereitschaft bekundet hat, der Spaltung Deutschlands ein Ende zu machen.

4. Die Bundesregierung erstrebt eine Saarlösung, die in vollem Einklang mit dem Willen der Saarbevölkerung steht und dem durch und durch deutschen Charakter der Saar Rechnung trägt. Den wirtschaftlichen Interssen Frankreichs an der Saar soll in vollem Ausmaße Rechnung getragen werden. 5. Das bisher schon gute Verhältnis zu Frankreich soll noch weiter verbessert werden, um die Grundlage für eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu schaffen. 6. Die Bundesregierung wird alles tun, um die Einigung Europas vorwärtszutreiben.

Soweit bisher bekannt wurde, wird der SPD-Vorsitzende Ollenhauer in der Debatte u. a. erklären, daß auch die SPD als unversöhnliche Gegnerin des Kommunismus eine Wiedervereinigung unter sowjetischem Vorzeichen entschieden ablehne. Allerdings könne die Wiedervereinigung auch nicht in der Form eines bloßen „Anschlusses" Mitteldeutschlands an Westdeutschland erfolgen. Auf jeden Fall müsse die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands weiterhin im internationalen Gespräch bleiben, „und wenn ein Dutzend Genfer Konferenzen scheitern sollten".

Nach der Regierungserklärung wird sich der Bundestag am Donnerstag auch mit einem Antrag des GB/BHE über die Entlassung der aus dem BHE ausgeschiedenen Bundesminister Oberländer und Kraft befassen. Ferner hat die Regierung unter anderen eine Große Anfrage der SPD über die Lage der deutschen Dienstgruppenangehörigen zu beantworten.

Kanzler mit FDP-Antwort nicht zufrieden

Briefwechsel Adenauer-Dehler wird fortgesetzt — SPD kritisiert: Kopfjäger auf Dehler

dmt. Bonn, 30. November

Am Mittwochnachmittag empfing Bundeskanzler Dr. Adenauer die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. Krone, und der DP, Professor Brühler, zu einer Besprechung über den vom FDP-Fraktionsvorsitzenden Dr. Dehler übermittelten Antwortbrief, in dem Dehler die Frage nach der künftigen außenpolitischen Haltung der FDP zum Teil ausweichend beantwortet hatte. In der Besprechung, an der auch Bundestagsabgeordneter Stücklen (CSU) teilnahm, kam zum Ausdruck, daß Dr. Adenauer mit der Antwort der FDP unzufrieden ist, weil nach seiner Ansicht darin die schriftlich gestellten Fragen nicht erschöpfend beantwortet sind.

Der Bundeskanzler will seinen Eindruck von diesem FDP-Schreiben in einem neuen Brief an die FDP formulieren und regte die Koalitionspartner an, in einem direkten Gespräch mit der FDP Klarheit herbeizuführen.

Der CDU-Pressedienst erklärte am Mittwoch, separate Verhandlungen mit Moskau kämen nicht in Frage. Der SPD-Pressedienst schrieb, „die auf Dehler angesetzten Kopfjäger" sowohl in der CDU wie vor allem in der FDP selbst hätten keinen Erfolg gehabt. Der Pressedienst zitiert den Ausspruch eines angeblich hochgestellten CDU-Politikers, der auf die Frage nach seiner Meinung über die Methoden des Kanzlers geantwortet habe: „Wir müssen sehen, daß wir überleben, um leben zu können."

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer sagte vor der Bundestagsfraktion seiner Partei, die ultimative Forderung Adenauers an die FDP sei unmöglich und undemokratisch. Es sei nicht auszudenken, wohin die Entwicklung führen solle, wenn der Kanzler den Anspruch erhebe, auch die Vorsitzenden der Koalitionsparteien selbst zu bestimmen und Blanco-Loyalitätserklärungen bis zum Ende der Legislaturperiode des Bundestags zu verlangen.

In Schirnding (Bayern) trafen am Mittwoch 64 Deutsche aus der Tschechoslowakei ein.

Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Dr. Westrick wird jetzt als aussichtsreicher Kandidat für den Posten des ersten deutschen Botschafters in Moskau genannt.

Winston Churchill beging am Mittwoch im Familienkreis seinen 81. Geburtstag in seiner Londoner Wohnung. Präsident Eisenhower sandte „seinem alten Freund und Waffengefährten" ein Goldmedaillon mit dem Kopf Churchills, das nach einem Gemälde Eisenhowers angefertigt wurde.

In letzter Minute

Berlin bleibt Viersektoren-Stadt

Der Westberliner Senat hat in einer Sondersitzung Mittwoch abend zu der Erklärung des sowjetischen Stadtkommandanten, Dibrowa, festgestellt, daß Berlin nach wie vor eine von den vier Mächten besetzte und in ihrem Status garantierte Stadt ist. Im Namen der gesamten Berliner Bevölkerung wendet sich der Senat gegen den Versuch, den sowjetisch besetzten Sektor aus Berlin herauszubrechen. Nach der Sitzung erklärte Bürgermeister Dr. Suhr vor der Presse, die Westmächte müßten jetzt energischer reagieren als im Falle der Straßenbenutzungsgebühren. Suhr hält es für möglich, daß die Erklärung des sowjetischen Stadtkommandanten ein Versuchsballon ist, um die Haltung des Westens zu ermitteln.

Bei der Verabschiedung des kommandierenden Generals der US-Truppen in Berlin, General Pachler, sagte der Westberliner Bürgermeister Dr. Suhr, gerade die jetzige Situation verpflichte die Berliner, gemeinsam mit den westlichen Alliierten an dem Viermächtestatus der Stadt unverändert festzuhalten. Er richtete an die Repräsentanten des amerikanischen Volkes die Bitte, mitzuwirken, daß in keinem Fall und in keiner Weise an diesem Status irgendetwas geändert werde. Gleichzeitig hieß Suhr den neuen kommandierenden General der in Berlin stationierten amerikanischen Truppen, General Harris, willkommen.

Durch das Tor der Andernacher Kaserne werden heute die ersten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der neuen deutschen Streitkräfte einziehen, um hier als Vorbereitungsstab für verschiedene Einheiten ausgebildet zu werden.

Der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone nach Westberlin ist im November gegenüber dem Vormonat um rund 6000 auf 15 500 zurückgegangen. Der Anteil Jugendlicher hat stark abgenommen.

Die 40-Stunden-Woche könne unter gewissen Voraussetzungen einen wahren Fortschritt bedeuten, aber nicht in jedem Falle stelle die Kürzung der Arbeitszeit einen wirklichen Gewinn dar. Diese Auffassung vertreten die deutschen Bischöfe in einer am Mittwoch in Paderborn veröffentlichten Stellungnahme zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Während weite Strecken der USA auch am Mittwoch von heftigen Schneestürmen heimgesucht wurden, wobei es mindestens 8 Tote gab, lag über Großbritannien eine dicke Nebeldecke, die stellenweise die Sichtweite auf zwei Meter begrenzte. Auf dem Londoner Flughafen wurde der gesamte Verkehr eingestellt, auf der Themse liegt der Schiffsverkehr still, die Eisenbahnzüge fahren nach einem „Nebelfahrplan". Auf den Straßen ereigneten sich zahlreiche Autounfälle.

Auflösung der Nationalversammlung

Ausschreibung von Neuwahlen beschlossen — Protest der Sozialisten

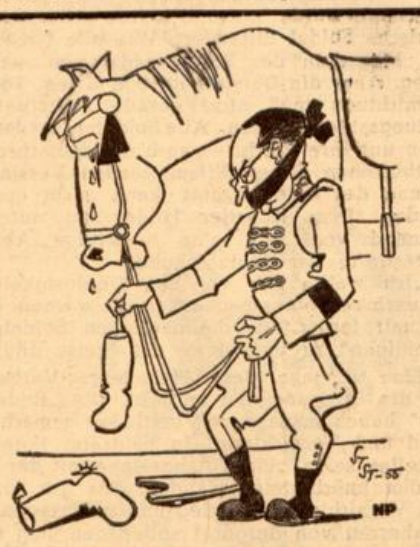
dpa. Paris, 30. November

Nach vierstündiger Beratung beschloß die französische Regierung am Mittwochabend in einem Ministerrat unter Vorsitz von Staatspräsident Coty die Auflösung der französischen Nationalversammlung und die Ausschreibung von Neuwahlen.

Die Regierung, die Dienstag abend bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage Ministerpräsident Faures von der Nationalversammlung mit verfassungsmäßiger Mehrheit gestürzt worden war, faßte diesen Beschluß auf Grund des Drängens der volksrepublikanischen Minister und der Minister der gemäßigten Rechten. Dagegen wurde von fünf der insgesamt zehn radikalsozialistischen Kabinettsmitglieder die Parlamentsauflösung nicht gebilligt.

Das Dekret über die Auflösung der Kammer, das vom Präsidenten der Republik unterzeichnet werden muß, wird erst zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden, um zu vermeiden, daß die Wahlen, die in der Zeit vom 20. bis 30. Tage nach der Veröffentlichung stattzufinden haben, auf die Weihnachtsfeiertage fallen.

Der Leitungsausschuß der Französischen Sozialistischen Partei erhob Mittwochabend in einer Entschließung scharfen Protest gegen den „Gewaltstreich" der Regierung Faure, die Nationalversammlung in dem Augenblick aufzulösen, da diese „ihren Willen bekundete, keine Wahlen ohne vorherige Wahlreform" abzuhalten und dem Kabinett das Vertrauen versagte. Mit diesem „antirepublikanischen Manöver, das eine Verletzung des Geistes der Verfassung" darstelle, halte sich eine in die Minderheit gedrängte, von zwei Dritteln der Abgeordneten abgelehnte Regierung an der Macht und verschweige vor der Oeffentlichkeit die Wahrheit über die „tragische wirtschaftliche, soziale und finanzielle Lage", in die Frankreich während vier Jahren „reaktionärer Politik" gestürzt worden sei.



Reitvorschrift für einen Parteivorsitzenden
FDP: Keine Husarenritte mehr!

Uebernahme des Bundesgrenzschutzes gebilligt

Mindestens 15 000 Mann gehen zur Wehrmacht — Seegrenzschutz geschlossen zur Marine

wl. Bonn, 30. November

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch der Gesetzesvorlage über die Ueberführung des Bundesgrenzschutzes in die neuen Streitkräfte zugestimmt und die Vorlage an den Bundesrat weitergeleitet. Wie ein Sprecher des Bundesinnenministeriums mitteilte, soll anstelle des bisherigen Grenzschutzes, der zu 75 bis 80 Prozent militärischen Status erhält, ein neues „Bundesgrenzschutzkorps" aufgestellt werden. Wann dies geschieht, steht noch nicht fest. Man rechnet damit, daß sich etwa 15 000 Grenzschutzangehörige für die Ueberführung in die Wehrmacht aussprechen. Der gesamte Seegrenzschutz tritt geschlossen in die Kriegsmarine über.

Die Gesetzesvorlage sieht vor, daß die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes binnen eines Monats nach Inkrafttreten des Gesetzes die Ueberführung in die Streitkräfte ablehnen können. Auch das Verteidigungsministerium sowie der Personalgutachterausschuß können binnen dieser Frist der Uebernahme in Einzelfällen widersprechen bzw. sie ablehnen. Trotz der Wahrung der persönlichen Entscheidungsfreiheit soll die Uebernahme der Grenzschutzverbände tunlichst geschlossen erfolgen.

Mit der Personalübernahme wird dem Verteidigungsministerium auch eine Reihe von Kasernen und Unterkünften, die bisher vom Bundesgrenzschutz belegt waren, übergeben. Die Paßkontrolle an den Grenzübergangsstellen wird, wie bisher, auch weiterhin von dem gleichen Beamtenstab durchgeführt. Nach der Ueberführung des Seegrenzschutzes bilden die dort bereits in Dienst stehenden vier Patrouillenboote, 17 Wachtboote, zwei Begleitschiffe sowie die im Bau befindlichen drei Schnellboote und die vorhandenen Marinestützpunkte Neustadt (Holstein), Kiel und Cuxhaven den Grundstock für die künftige Kriegsmarine.

Maskenträger

Es ist nicht alles Gold, was glänzt, und schon gar nicht in der Politik. Auf der Goldwaage gewogen würden manche Worte, mit viel Pathos dahingesprochen, als zu leicht befunden werden, weil sie nur dazu dienen, Gedanken zu verbergen.

So wissen wir auch nicht, was Chruschtschew und Bulganin bei sich gedacht haben mögen, als sie sich vor Indiens Nationalheiligtum, der Verbrennungsstätte Gandhis, die Schuhe auszogen, um dem Prediger der Gewaltlosigkeit unter dem Surren und Klicken von Film- und Foto-Kameras ihre Reverenz zu erweisen. Vielleicht haben sie innerlich gelächelt und an die amtliche sowjetische Enzyklopädie gedacht, in der der große Mahatma, weil er kein Kommunist war, noch als „Demagoge" beschimpft wurde, der „vorgab, der Führer der indischen Freiheitsbewegung zu sein". Wer weiß, vielleicht huschte ihnen gerade eine Idee durch den Kopf, wie dieser Fehler bei einer Neuauflage des Werkes amtlicher Unfehlbarkeit abzuändern sei.

Wir wissen nur, daß ungefähr zur gleichen Zeit, als man sich vor Gandhi verbeugte und vor dem indischen Parlament die Atomwaffen in alle Ewigkeit verdammte, irgendwo in der Sowjetunion sich ein riesiger Rauchpilz kilometerweit zum Himmel emporstreckte. Ueber der Gedenkstätte Gandhis war dieser Rauchpilz allerdings nicht zu sehen, wiewohl er sich wahrscheinlich höher als der Himalaja erhob. Dafür haben jetzt die Japaner den Abraum dieses Friedens-Experimentes zu spüren bekommen, den ihnen ein ungnädiger Wind in Form von Atomstaub in das schwergeprüfte Land hineingeweht hat.

Hätte der Wind, dieses neuerdings oft gar nicht himmlische Kind, nicht auch eine andere Richtung nehmen können, vielleicht mehr nach Süden, in Richtung Neu Delhi? Wäre es nicht symbolhaft gewesen, wenn es in Indien inmitten von Jubel, Trubel und Friedensheiterkeit zu einem kleinen Atomstaub-Alarm gekommen wäre? Vielleicht wären manchem die Augen geöffnet worden, wenn er sie vor den gefährlichen Partikelchen hätte schließen müssen.

In Frankreich werden bereits, wie gerade dieser Tage verlautet, Gesichtsmasken mit Atomstaub-Filtern in Serien hergestellt. Wenn die großen Atom-Mächte künftig noch mehr und noch gefährlicheren Staub aufwirbeln sollten, werden wohl auch alle anderen Völker dieser Welt um ähnliche Schutzmaßnahmen nicht mehr herumkommen. Dann werden sich Völker und Regierungen vielleicht näherkommen, indem nicht nur die Staatsmänner, die unter dem ohrenbetäubenden Donner ihrer Atom-Explosionen Friedensreden halten, sondern auch diejenigen, die dabei zuhören müssen, — eine Maske tragen.

T. G.

WORTE DER BESINNUNG

Die drei schwersten Dinge sind: ein Geheimnis bewahren, eine Beleidigung vergessen und die Zeit der Muße wohl anwenden.
Schiller

'ne Eisenbahn

Das Kinderkriegen ist doch 'ne amüsante Sache. Natürlich nicht für die Mutter. Und schon gar nicht für den Herrn Papa, der um das Leben von zwei Menschen bangt und sich am liebsten . . . Aber lassen wir das!

Amüsant jedenfalls war das Kinderkriegen für Iris. Einen zwölfjährigen Fratz mit Temperament und einem goldigen Herzen.

Nein, nicht was Sie denken! Iris selber ist wohl doch noch ein bißchen zu jung, um selber für den Nachwuchs in ihrer Familie zu sorgen. Aber die zehn Jahre ältere Schwester . . .

Hm, es war also so weit, und es ging nur noch um Stunden. Vater Heinrich hatte schon den Wagen bereitstehen, um auf jeden Fall da zu sein, wenn sich der neue Erdenbürger kräftig um das Licht der Welt bemühte.

Der ganze Zauber der Voraufregung war natürlich an Iris nicht spurlos vorbeigegangen. Sie hatte längst spitz gekriegt, daß der Klapperstorch angeklopft hatte und sie selber vor dem bedeutenden Ereignis stand, Tante zu werden. Mit zwölf Jahren.

Nachmittags hatte man noch davon gesprochen, und prompt am Abend „klopfte" es. Die Mutter in spe wurde ins Krankenhaus gefahren. Iris bettelte, daß es einen Stein erweichen konnte; sie wollte doch aufbleiben und warten, ob sie ein Nichtchen oder einen Neffen bekommen hatte. Nun, sie hatte die Rechnung ohne den Vater gemacht. Der stopfte sie kurzerhand ins Bett, und bald schritt die Kleine sanft entschlummert durch das Reich der Träume.

Am nächsten Morgen war alles klar. Als Iris geweckt wurde, sagte ihr die Mutti Bescheid: ein kleiner Junge war in der Nacht angekommen.

Das aber wiederum war das Startzeichen für Iris. Raus aus dem Bett, ohne Hausschuhe hinüber in des Vaters Schlafzimmer, den Armen aus den letzten ruhigen Minuten gerissen und eine Frage aus voller Brust: „Vati, wann kaufst Du „ihm" denn 'ne Eisenbahn?" — Klein-Iris hat sich für alle Zeiten ein Denkmal in der Familiengeschichte gesetzt! Kommentar überflüssig!
Kirk

Halver

In jeder Weise einwandfrei

In einem ausführlichen Bericht vor dem Kreistag befaßte sich der Kreisarzt mit dem Stand der öffentlichen Gesundheitspflege im Kreise Altena. Dabei behandelte er u. a. auch den Verkehr mit Milch und betonte, daß eine der wichtigsten Voraussetzungen sei, bei der molkereimäßigen Be- und Verarbeitung der Milch nur gesundheitlich unbedenkliches, d. h. bakteriologisch einwandfreies Wasser zu verwenden. In diesem Zusammenhang stellte er fest, daß diese Voraussetzung bei den im Kreise gelegenen Molkereien Anschlag und Kierspe gegeben sei, denn diese Molkereien entnehmen das benötigte Wasser aus den ständig kontrollierten öffentlichen Wasserversorgungsanlagen.

Arbeitsgemeinschaften an der VHS

Der DGB weist seine Mitglieder und insbesondere die Betriebsräte auf zwei Kurse an der VHS hin. Die Reihe „Soziologie und Arbeitsrecht" unter Leitung von Werner Panne hat ihre letzten zwei Abende am 13. 12. und 20. 12. 1955 in der Realschule. Die Themen „Rentabiliät und Produktivität" müßten gerade die Betriebsräte besonders interessieren. Ab Januar wird der Vorsitzende des Arbeitsgerichts Hagen, Dr. Knackfuß, die Arbeitsreihe mit den weiteren Themen entsprechend dem VHS-Programm fortführen.

Vorsicht bei Kauf an der Tür

Bei Durchführung von Kontrollen wurde wiederholt festgestellt, daß Gewerbetreibende von Haus zu Haus nicht immer im Besitze der erforderlichen behördlichen Genehmigung sind. Es kommt daher immer wieder vor, daß Waren angeboten werden, die zwar bedeutend billiger sind, also unter dem normalen Verkaufspreis liegen, aber auch meist die „entsprechende Qualität" aufweisen. Es ist dabei der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß die so billig angebotenen Waren nicht rechtzeitig erworben sind. Da diese wilden Hausierer sehr oft nicht gefaßt werden können, wird die Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse zur Selbst- und Mithilfe angehalten.

Ausgabe der Lohnsteuerkarten

Wie aus einer Amtlichen Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil hervorgeht, erfolgt die Ausgabe der Lohnsteuerkarten für 1956 vom heutigen Tage ab in den Vormittagsstunden im Amtshaus.

Für das Weihnachtsgeschäft gerüstet

Der Einzelhandel setzt große Hoffnungen in die kommenden Wochen - Eine Umfrage bei Geschäftsleuten

Mit dem letzten Monatswechsel des Jahres tritt das Weihnachtsgeschäft des Einzelhandels in seine Hauptphase. Viele Geschäfte sind schon weihnachtlich geschmückt, Weihnachtsgelder werden über kurz oder lang ausgezahlt, die Geschäfte haben zusätzlich Hilfskräfte eingestellt und treffen auch sonst die letzten Dispositionen für den zu erwartenden Andrang.

Was erwartet der heimische Einzelhandel von dem Weihnachtsgeschäft 1955? Setzt sich die Umsatzsteigerung der letzten Jahre weiter fort, kommt ein Stillstand oder gar ein Rückschlag? Bei Beantwortung dieser Frage muß man zunächst — obschon nur bedingt auf heimische Verhältnisse übertragbar — sich auf statistische Angaben aus dem Bundesgebiet stützen, da regionale Zahlen aus verständlichen Gründen nicht zu erlangen sind.

Strom von Gütern und Geld

Die Einzelhandelsumsätze steigerten sich im Oktober 1955 gegenüber dem Vormonat um 13%, gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 12 Prozent. Der bisherige Verlauf der Novemberumsätze läßt ebenfalls auf ein weiteres Anwachsen schließen, man rechnet mit 10 Prozent mehr als im November 1954.

Nach den Erfahrungen früherer Jahre pflegen die Einzelhandelsumsätze in der Bundesrepublik von November bis zum Dezember noch um mindestens 50 Prozent zu steigen, in vielen Branchen noch höher, so beim Einzelhandel in Möbeln um 55, bei Bekleidung um 63 und bei Spielwaren, für die ja das Weihnachtsgeschäft überhaupt das Geschäft des Jahres ist, um ein Mehrfaches der genannten Prozente. Dadurch kann man sich aus höherer Warte ein Bild davon machen, welcher Strom von Gütern und Geld in den nächsten Wochen in Westdeutschland in Bewegung kommt.

Betrachtet man das westdeutsche Wirtschaftsbild weiter, so muß man aus der Zahl der Mehrbeschäftigten von rund einer Million (6%), einer Erhöhung des Produktionsindexes von 187 (1936 = 100) auf 214 innerhalb eines Jahres, aus der Erhöhung der Löhne und der Ueberschreitung der Arbeitszeiten, um der Auftragsfülle Herr zu werden, auf ein sehr lebhaftes Weihnachtsgeschäft 1955 schließen.

Man ist berechtigt, dies auch für den Raum Lüdenscheid/Altena anzunehmen, denn hier sieht der Wirtschaftsspiegel noch günstiger als im Bundes- und Landesdurchschnitt aus. Die Arbeitslosenzahl von 0,3 Prozent ist die niedrigste in NRW und wird in gleicher Höhe nur erreicht im Bereich Velbert, im Bundesgebiet nur gleich oder annähernd im südwestdeutschen Raum um Stuttgart. Die Zahl der Beschäftigten im Heimatbereich stieg von 80 901 (1953) auf 86 659 (1954) und auf 92 042 (1955). Davon versprechen sich die Einzelhändler fast aller Branchen ein gegenüber 1954 umsatzreicheres Weihnachtsgeschäft.

Auswahl größer, höchste Güte

Auf Grund der guten heimischen Wirtschaftslage und der befriedigenden Umsätze der Vorjahre ist der heimische Einzelhandel diesmal dispositionsfreudiger gewesen als früher, d. h. die Skala der Waren ist vor allem vielfältiger geworden, das Schwergewicht ist auf die Qualität gelegt worden. Wie die Vertreter der Einzelhandelsorganisation sagen, kann das Angebot der Mittelstädte sich durchaus mit den größeren Städten messen.

In zuversichtlicher Erwartung

Eine Umfrage bei den Einzelhandelsgeschäften selbst stößt im Punkt Weihnachtsgeschäft auf ungeteilten und durch fast nichts gedämpften Optimismus. Den Textilgeschäften kamen die ersten Frosttage gerade recht. Das ist wichtig für den Umsatz in Wintermänteln, die bei warmem Wetter sonst im Schlußverkauf abgegeben werden müßten. Alle Geschäfte haben ihre Läger bis unter die Decke gefüllt. Hinzu kommt bei Textilien, daß sie zu den wenigen Warengattungen gehören, deren Preise in den letzten Jahren eine ständige Abwärtsentwicklung gezeigt haben. Nicht ganz so, aber ähnlich liegen die Verhältnisse im Schuhgeschäft, dessen Einzelhändler sich zu Weihnachten ebenfalls größeren Absatz als in den Vorjahren versprechen.

Marken-Spielwaren schon verknappt

Den größten Optimismus müßten eigentlich die Spielwarengeschäfte an den Tag legen. Sie täten das auch, wenn nicht einige bedeutende Markenartikelfirmen Süddeutschlands Lieferschwierigkeiten mitgeteilt hätten. Einige auf der Nürnberger Frühjahrsmesse gezeigte Spielwaren sind überhaupt nicht oder nur tropfenweise zu haben. Sonst allerdings sind die Geschäfte sehr starker Nachfrage gewachsen.

Gut gerüstet sind auch die Geschäfte, die Haushaltswaren, Gebrauchs- und Kunstporzellan führen. Qualität, Geschmack und Mode bestimmen das Weihnachtsgeschäft in Gold- und Silberwaren, Juwelen, Schmucksachen, Uhren, feinen Leder- und Bijouteriewaren. Die befragten Geschäftsleute schließen sich dem Optimismus anderer Branchen an und erwarten erheblich höhere Umsätze. Die Auslagen bestätigen wie im übrigen Einzelhandel die Leistungsfähigkeit in Auswahl und Preiswürdigkeit.

Endlich ist nach vielen Jahren der Flaute der Buchhandel stärker zum Zuge gekommen. An Autoren und Titeln mangelt es auch keineswegs. Der Buchhandel sieht in 1955 wieder ein „volles" Jahr und unter jedem Weihnachtsbaum ein gutes Werk.

Die meisten anderen Branchen, vor allem die der Lebens- und Genußmittel kommen wie die Blumengeschäfte erst in den letzten Tagen vor Weihnachten zu vollen Tageskassen.

Allgemein zurückgegangen

Wildschäden in den Halverschen Jagdbezirken

Sie betrugen 622 DM — In Kierspe sind es 3400 DM

Im Landkreis Altena sind 69 gemeinschaftliche Jagdbezirke und 88 Eigenjagdbezirke mit einer Gesamtfläche von 60,890 ha vorhanden. Die Wildschäden, die 1952 allein in den beschlagnahmten Revieren 41 000 DM betrugen, sind im Jahre 1953 auf 17 000 und 1954 auf 18 000 DM zurückgegangen.

Diese Schäden verteilen sich auf die Hegeringe des Kreises wie folgt: Herscheid 6700 DM, Lüdenscheid 3800 DM, Meinerzhagen 3200 DM, Kierspe 3400 DM, Halver 622 DM, Plettenberg 577, Altena 310 DM, Werdohl 0 DM. Der Rückgang der Wildschäden wird auf die Aufhebung der Beschlagnahme durch die Besatzungsmacht und den erhöhten Schwarzwildabschuß zurückgeführt. Allein im Jahre 1954 wurden 132 Stück Schwarzwild erlegt. Die Wildschäden der Jahre 1953 und 1954 halten sich nach den Erfahrungen in normalen Grenzen.

Bei der ev. Frauenhilfe

Schalksmühler Frauen spendeten reichlich

Turnhalle schön geschmückt — Ueber ein aktuelles Thema

Auch in diesem Jahre war die Adventsfeier der Ev. Frauenhilfe ein Magnet für die Frauen, und so konnte die Vorsitzende Frau Kahmann ein volles Haus in der schön geschmückten Turnhalle begrüßen.

Nach dem Eingangslied sprach Pastor Kratzer das Losungswort mit Gebet. Unter der Leitung von Tante Ortrud spielten die Kinder „Die vier Adventssonntage". Dieses Spiel und der Vortrag der Blockflöten-Kinder gefielen sehr gut. Die Festansprache hielt Pastor Deitenbeck, Lüdenscheid, über das aktuelle Thema „Wie stellt sich der innere Mensch zum technischen Fortschritt?"

Frau Kahmann, die den Jahresrückblick hielt, dankte mit warmen Worten den Frauen für die so reichlich für die Ostzone gespendeten Gaben. Diesen Dankesworten schloß sich Pastor Jarcke an.

Beitragsmarke „55" nur noch bis Jahresende

Ein wichtiger Hinweis für freiwillig Versicherte der Invalidenversicherung

Die Landesversicherungsanstalt Westfalen weist nochmals darauf hin, daß die Möglichkeit, Beiträge zur Invalidenversicherung für das Kalenderjahr 1953 rechtswirksam zu verwenden, am 31. 12. 1955 endet. Da die Nachentrichtungsfrist aus gesetzlichen Gründen zwingend eingehalten werden muß, wird dringend empfohlen, die Beitragsmarken mit dem Aufdruck „55" bald bei der Post zu kaufen, damit wegen der am Jahresende erfahrungsgemäß großen Nachfrage nach Beitragsmarken bei der Post den Versicherten keine Schwierigkeiten entstehen. Nach dem 31. 12. 1955 dürfen Beitragsmarken mit dem Aufdruck „55" nicht mehr von der Post verkauft werden.

Beim Kauf der Beitragsmarken bei der Post sind übrigens die unterschiedlichen Beitragswerte zu beachten. Für Versicherungszeiten vor dem 1. April 1955 können im Rahmen der gesetzlichen zweijährigen Nachentrichtungsfrist noch Beitragsmarken alten Wertes verwendet werden, während für Versicherungszeiten vom 1. April 1955 an auf jeden Fall nur Beitragsmarken nach den neuen Beitragswerten zu verwenden sind. — Die Beiträge für die Höherversicherung sind unverändert geblieben.

Im übrigen wird allen freiwillig Versicherten dringend geraten, die Markenverwendung regelmäßig, also innerhalb des Jahres, für das die Marken gelten sollen, vorzunehmen. Der Aufschub innerhalb der gesetzlichen Nachentrichtungsfrist birgt die Gefahr in sich, daß der Berechtigte infolge unerwarteten Eintritts des Versicherungsfalles der Invalidität oder des Todes die Möglichkeit zur Nachentrichtung von Beiträgen und damit seine Leistungsansprüche verliert. Jeder Versicherte möge daher prüfen, ob er die erforderliche Anzahl von mindestens 26 Wochenbeiträgen nicht nur für das Jahr 1953, sondern auch für die Jahre 1954 und 1955 entrichtet hat.

Im eigenen Interesse eines jeden Versicherten liegt es, die fehlenden Beitragsmarken sofort bei der Post zu kaufen, in die Quittungskarte einzukleben und zu entwerten. Dabei ist auch zu beachten, daß die Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Höhe entrichtet werden. Auskunft über die freiwillige Versicherung in der Invalidenversicherung erteilen die Versicherungsämter sowie die Quittungskartenausgabestellen und die Ueberwachungsbeamten der LVA Westfalen.

Oberbrügge/Ehringhausen

Erster Spatenstich

Am Samstag, dem 3. Dezember, kann die katholische Gemeinde Ehringhausen-Oberbrügge den ersten Spatenstich zum Baubeginn ihrer St.-Georgs-Kirche vollziehen. Auf dem Gelände des Neubaues, Heerstraße 12, wird dies nachmittags um 16 Uhr in einer kurzen Feier geschehen. Die Katholiken von Oberbrügge, Ehringhausen und Halver sind herzlich dazu eingeladen.

Lohnsteuerkarten werden ausgegeben

Für die Schulbezirke Oberbrügge und Ehringhausen werden die Lohnsteuerkarten für das kommende Jahr am Mittwoch, dem 7. Dezember, ausgegeben. Näheres ist aus einer Amtlichen Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil ersichtlich.

Schalksmühle

Bis zum Kirchenschiff gediehen

Die Bauarbeiten an der katholischen Kirche in der unteren Hälverstraße nehmen weiterhin einen guten Verlauf. Bisher wurde das Kellergeschoß im Rohbau fertiggestellt, welches später einen großen Jugendraum aufnehmen soll. Zur Zeit ist man dabei, das eigentliche Kirchenschiff sowie den Turm zu errichten. Das sich später an den Turm anlehnende Pfarrhaus wurde bis jetzt noch nicht in Angriff genommen, da die Ausschachtungsarbeiten nicht abgeschlossen waren. Der Bau läßt jetzt bereits erkennen, daß man hier in der Bauplanung eine Lösung gefunden hat, die sich sehr gut in die Landschaft einfügt.

Richtbaum wurde gesetzt

Das Wohnhaus der Firma Falkenroth & Söhne in der Asenbach ist nun so weit hergerichtet, daß der Richtbaum gesetzt werden konnte. Die Arbeiten sind in den letzten Wochen sehr gut vorwärts gekommen, so daß man hofft, noch vor Weihnachten die Pfannen auflegen zu können.

Hülscheider Gemeindeväter tagen

Heute findet eine öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Hülscheid statt. Zu diesem Zweck versammelt man sich in der Gaststätte Spelsberg in Heedfeld. Auf der Tagesordnung stehen die Inbetriebnahme der Wasserversorgung im Höhengebiet, sowie die Aenderung eines Gemeinderatsbeschlusses über die Baukostenhöhe zur Wasserversorgungsleitung.

ADAC-Ortsklub trifft sich

Der Ortsklub e. V. Schalksmühle-Dahlerbrück im ADAC versammelt sich zu seinem nächsten Klubabend am kommenden Freitag im Vereinslokal Rafflenbeul in Dahlerbrück.

Nur ein kurzer Besuch

Gestern nachmittag näherte sich aus Richtung Hagen ein Hubschrauber, kreiste kurz über dem Dahlerbrücker Sportplatz, landete auf diesem Platz, um dann nach fünf Minuten wieder in die Lüfte zu steigen und in Richtung Hagen zu verschwinden. Bei diesem kurzen Gastspiel kam die heranstürmende Jugend nicht auf ihre Kosten.



ECKSTEIN
»echt und recht«

Der Sport vom Tage

Spanien in London 1:4 (0:2) geschlagen

Ein klarer englischer Erfolg — Spaniens Torhüter hielt „Elfer"

Die englische Fußball-Nationalelf kam nach dem klaren 3:0, mit dem man vor kurzem im Rahmen des britischen Länderturniers Irland geschlagen hatte, auch am Mittwoch im Londoner Wembley-Stadion gegen Spanien mit 4:1 (2:0) zu einem sicheren Erfolg. Die spanische Mannschaft, die England im Mai in Madrid noch ein 1:1 abgezwungen und am Sonntag in Dublin gegen Irland 2:2 gespielt hatte, war vor allem im Angriff entschieden schwächer als der zielstrebige Gegner, aber auch in der Abwehr gegen die schnellen, ehrgeizigen englischen Stürmer nicht konsequent genug.

Atyeo (11. Min.) Bill Perry (12. Min.), Tom Finney (49.) und abermals Perry (61. Min.) brachten England 4:0 nach vorn, bevor Spanien in der 79. Min. durch Arieta zum Ehrentor kam. Die schnelle 2:0-Führung durch die Tordoublette Atyeos und Perrys innerhalb von zwei Minuten gab dem englischen Spiel die große Sicherheit, bedeutete für Spanien aber bereits den entscheidenden Knacks.

Die große Führungschance hatte England bereits in der 6. Min., als Tom Finney vom spanischen Verteidiger Campanal im Strafraum hart angegangen wurde und der Schiedsrichter sofort auf den Elfmeterpunkt zeigte. Finney nahm die „Exekution" selbst vor, aber Spaniens Torsteher wehrte mit prächtigem Hechtsprung ab.

BMW greift wieder ein

Nach dreijähriger Abwesenheit wird BMW in der nächsten Rennsaison wieder mit einer offiziellen Werksmannschaft in den internationalen Motorrad-Rennsport eingreifen. Zeller (deutscher Halbliter-Meister), Noll-Cron und Faust-Remmert (Seitenwagen-Weltmeister) hatten in den beiden letzten Jahren ihre großen sportlichen Erfolge als Privatfahrer auf BMW-Maschinen herausgeholt. Man nimmt an, daß Zeller, Hans Meier, Noll-Cron und Faust-Remmert in der offiziellen BMW-Werksmannschaft stehen werden.

Eishockey-Mannschaft für Cortina

Der Eishockey-Obmann des Deutschen Eissportverbandes, Willy Overath (Krefeld), gab die neue Olympia-Kernmannschaft der Eishockeyspieler bekannt, die nach den Erfahrungen in den Länderkämpfen gegen die Tschechoslowakei und die Schweiz in einigen Punkten geändert wurde. In dem 17 Spieler umfassenden Olympiaaufgebot wurden Unsin (Füssen) und Münstermann (Krefeld) nicht mehr berücksichtigt, neu hineingenommen wurden Guttowski (Mannheim) und Jochems (Krefeld).

Die deutsche Eishockey-Olympiamannschaft sieht nun wie folgt aus: Torwarte: Jansen (Krefelder EV), Wörschhauser (EC Bad Tölz). Verteidiger: Biersack (SC Rießersee), Guttowski (ERC Mannheim), Bierschel (Krefelder EV), Beck und Ambros (beide EV Füssen). Stürmer: Sepp, Egen, Trautwein (alle EV Füssen), Pittrich (SC Rießersee), Pescher (Krefelder EV), Rampf (EC Bad Tölz), Huber (SC Rießersee), Jochems (Krefelder EV), Zach (EC Bad Tölz), Kossmann (Preußen Krefeld).

Als Reservespieler stehen Hoffmann (SC Rießersee) als Torwart, Eggebauer (EV Füssen) und Grüner (SC Rießersee) als Verteidiger und Pfefferle (EV Füssen), Edelmann (SC Weßling) und Breitsamer (SC Rießersee) als Stürmer zur Verfügung.

Kein Länderkampf in Moskau

Olympische Vorbereitung im Kunstturnen

Mittelpunkt einer Tagung des DTB-Kunstturn-Ausschusses in der Sportschule München-Grünwald war die Festlegung des Vorbereitungsprogrammes für die Olympischen Spiele 1956 in Melbourne, zu dem die Landesturnverbände über 50 Bewerber meldeten. In vier Gruppen werden im Januar, Februar und März Olympia-Lehrgänge stattfinden. Nach den Kunstturnmeisterschaften (22. April) soll sich die Zahl der Gruppen auf zwei reduzieren, in denen rd. 20—25 Melbourne-Kandidaten während des Frühsommers geschult werden. Olympia-Lehrwarte sind vor allem Alfred Schwarzmann, Inno Stangl und Franzl Beckert.

Bei der Beratung des weiteren Programms beschloß der Kunstturnausschuß, dem Vorstand die Absage der russischen Einladung zum Fünfländerkampf am 25. März in Moskau zu empfehlen; als Grund wird die Tatsache herausgestellt, daß die UdSSR einen Olympischen Zwölfkampf wünscht, dessen Pflichtübungen von den deutschen Turnern bis zu diesem Zeitpunkt auch nicht annähernd beherrscht werden können. Dagegen kommt es zu Länderkämpfen gegen Frankreich (im Mai in Freiburg) und gegen Finnland (im Juni, voraussichtlich in der Dortmunder Westfalenhalle).

350 000 Mark für Bonifaci

Frankreichs Nationalspieler Bonifaci, der für 300 000 Mark von Nizza an Milano transferiert worden war, wurde jetzt um 350 000 Mark an Bolognia weiterverkauft. Es ist die höchste Summe, die bisher für einen französischen Fußballer gezahlt wurde. In Italien steht Bonifaci jedoch erst an 10. Stelle! Die Liste der Transferrekorde wird dort angeführt von dem Schweden Selmosson, für den Lazio Rom über eine Million Mark an Udine bezahlte. Es folgen: Jeppson-Schweden (Genua-Neapel) 700 000 Mark, Julinho-Brasilien (Sao Paulo-Florenz) 600 000 Mark. Der Schweizer Vonlanthen, den Inter Mailand um 250 000 Mark gekauft hat, der aber noch nicht spielen darf, steht erst an 15. Stelle. Transferrekordmann Englands ist John Charles. Für ihn gab Cardiff rund 450 000 Mark an Leeds aus.

Olympische Winterspiele 1960 doch in Innsbruck?

Die Hauptstadt Tirols ist bekanntlich bei der Abstimmung über den Austragungsort der Olympischen Winterspiele 1960 knapp gegen Squaw Valley (USA) unterlegen. Man hat aber in Innsbruck dennoch die Hoffnung, Austragungsplatz dieser Spiele zu werden. Dieser Optimismus stützt sich auf ein Interview des IOC-Präsidenten Avery Brundage in einer Zeitung in San Franzisco. Darin hieß es u. a.: „Ich bin mit den Vorgängen in Squaw Valley nicht ganz einverstanden. Immer mehr komme ich zu der Ueberzeugung, daß es sich hier ausschließlich um finanzielle und nicht um sportliche Interessen handelt, und daß sich dort ein Kreis von finanziell starken Managern zusammengefunden hat, der allein die Olympischen Winterspiele durchführen will. Ich möchte aber auf keinen Fall ein zweites Melbourne erleben. Deshalb werden wir beraten müssen, was zu geschehen hat." Wahrscheinlich wird man sich auf der nächsten IOC-Tagung im Januar 1956 in Cortina über diese Sache unterhalten. Falls bis dahin keine befriedigenden Berichte über Squaw Valley vorliegen, ist die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des IOC, die Innsbruck mit der Durchführung der Winterspiele 1968 beauftragen könnte, nicht ausgeschlossen.

Problem Saar-Sport

Die Sportler an der Saar sind in den für sie sehr wichtigen Fragen ihrer Organisation initiativ geworden. Beim Frankfurter Kalender-Kongreß des Internationalen Leichtathletik-Verbandes brachte der saarländische Delegierte Brosius zum Ausdruck, daß sich der Saarländische Leichtathletik-Verband als Landesverband dem Deutschen Leichtathletik-Verband anschließen und daß man in Zukunft nur noch über den DLV an Europameisterschaften und Olympischen Spielen teilnehmen werde. In Saarbrücken nahm der Saarländische Handballverband eine ähnliche Haltung ein. Und in München fühlte jetzt das saarländische NOK beim westdeutschen NOK-Präsidenten Dr. Ritter von Halt vor, wie man in der Bundesrepublik über ein Aufgehen des Saar-NOK in NOK der Bundesrepublik denke.

Eine direkte und klare westdeutsche Reaktion auf diese „Gunstbezeigungen" des Saarsports hat es bis zur Stunde noch nicht gegeben, und leider hat man das etwas fatale Gefühl, als sei den westdeutschen Verbänden und dem NOK der Bundesrepublik eine solche Annäherung der Saar-Verbände zur Zeit auch alles andere als angenehm. Die lapidare Entgegnung des westdeutschen NOK jedenfalls, daß nach den Bestimmungen des Internationalen Olympischen Komitees jedes NOK eine eigene Mannschaft für die Olympischen Spiele zu entsenden hat — ein Faktum, das für die Saarländer nicht neu sein konnte, denn es läßt sich ja mühelos aus den IOG-Statuten herauslesen —, diese lapidare Entgegnung jedenfalls verrät wenig Neigung zu einer westdeutschen „Hilfestellung" für den Saarsport in dieser delikaten Frage. Sie brachte andererseits das Saar-NOK aber dazu, seine Karte voll auszuspielen und zu erklären, daß man durchaus auch mit dem Gedanken spiele, aus dem Internationalen Olympischen Komitee auszuscheiden. Der Saarsport will also den Anschluß an den deutschen Sport mit aller Ernsthaftigkeit, seine auf politischem Druck basierende Eigenständigkeit gilt ihm nichts mehr.

Natürlich stellt für die deutschen Verbände und das NOK der Bundesrepublik das „Problem Saarsport" eine erhebliche Belastung dar. Vor allem zu einer Zeit, in der es im Rahmen gesamtdeutscher Olympia-Expeditionen durch die Eigenwilligkeit der sowjetzonalen Sektionen und des Ost-NOK's Schwierigkeiten am laufenden Bande gibt. Das alles ist ja noch weitgehend ungeklärt. Aber so wenig man den Sowjetzonen-Athleten etwa abstreiten kann, daß sie Deutsche sind und einmal wieder zum ganzen Deutschland gehören werden, so wenig ist den Saarländern ihr Deutschtum abzusprechen und dem Saarsport das Verlangen, durch eine Wiedereingliederung in den deutschen Sport Grenzen völlig zu beseitigen, die in vielen Sportarten ohnehin nur theoretisch zu verstehen waren.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Dinge hier noch im einzelnen entwickeln werden. Sie sind aber durch die saarländische Initiative angesprochen worden und zum Teil bereits in Fluß gekommen. Es wird jetzt Sache des westdeutschen Sports sein, dieser Entwicklung eine glückliche Richtung zu geben. Mag es auch politisch zum Thema Saar noch Einwände und Einschränkungen geben, der unpolitische Sport, als den man ihn so gerne herausstellt, hat keinen Anlaß, Bremse zu sein und eine Situation zu verkennen, die sich so eindeutig gibt.

K. H. Vaubel

Von Tigern angefallen

Der bekannte dänische Turnierreiter Rittmeister Niels Ladegaard-Mikkelsen, der sein Land u. a. bei den olympischen Spielen 1952 in Helsinki und bei der diesjährigen Springreiter-Weltmeisterschaft in Aachen vertrat, wurde in Helsingoer von sechs Königstigern des dänischen Zirkus Benneweis angefallen und schwer verletzt. Ladegaard-Mikkelsen hatte den Tigerkäfig im Winterquartier des Zirkus betreten, um einer Probe beizuwohnen. Plötzlich fielen die Raubtiere über ihn her und schleppten ihn in der Manege umher. Zirkuspersonal vermochte die Raubtiere erst nach geraumer Zeit zurückzutreiben. Ladegaard-Mikkelsen trug 14 Bißwunden davon, schwebt aber nicht in Lebensgefahr.

Fünf Millionen treiben Sport

Nach der neuesten Bestandserhebung der Sportfachverbände, gibt es in Deutschland 4 945 680 Mitglieder in 48 618 Vereinen. Die beiden größten Verbände sind der Deutsche Fußball-Bund mit 1 625 823 Mitgliedern in 12 883 Clubs und der Deutsche Turner-Bund mit 1 143 682 Mitgliedern in 7785 Vereinen. Etwa gleichstark sind die Handballer, Leichtathleten und Schützen zusammen, die auf den nächsten Plätzen folgen. Der Handball-Bund zählt 418 575, der Leichtathletik-Verband 355 292 und der Schützen-Bund 307 475 Mitglieder. An sechster Stelle folgen die Schwimmer mit 218 631 vor den Tischtennisspielern mit 160 463 Aktiven und den Tennisspielern mit 128 801 Aktiven. Die weitere Reihenfolge lautet: 9. Skiverband 130 465 Mitglieder, 10. Verband der Reit- und Fahrvereine 105 960 Mitglieder, 11. Ruderverband 58 144 Mitglieder, 12. Bund Deutscher Radfahrer 48 240 Mitglieder, 13. Amateur-Boxverband 40 515 Mitglieder, 14. Kanuverband 40 200 Mitglieder, 15. Hockey-Bund 33 000 Mitglieder, 16. Athletenbund 32 154 Mitglieder, 17. Kegler-Bund 22 156 Mitglieder, 18. Seglerverband 21 539 Mitglieder, 19. Eissportverband 19 800 Mitglieder, 20. Rollsport-Bund u. Rugby-Verband je 10 100 Mitglieder, 22. Fechter-Bund 9838 Mitglieder, 23. Basketball-Bund 6345 Mitglieder, 24. Golfverband 4400 Mitglieder, 25. Bob- und Schlittensport-Verband 3200 Mitglieder, 26. Badmintonverband 1142 Mitglieder.

Chruschtschew: Goa wird indisch werden

Neue Angriffe gegen den Westen — Nehru lobt sowjetische Haltung

dmt. Kalkutta, 1. Dezember

Auf einer Massenkundgebung in Kalkutta erklärte der sowjetische Parteisekretär Chruschtschew am Mittwoch, Portugal werde seine Besitzung Goa, den letzten Stützpunkt westlicher Kolonialvölker auf indischem Boden, an Indien abtreten müssen. Er sei überzeugt, daß Goa von der Fremdenherrschaft befreit werde.

Chruschtschew richtete erneut schwere Angriffe gegen den Westen und warf ihm vor, weder die Abrüstung noch ein Verbot der Atomwaffen ehrlich zu wollen. Die Westmächte wollten die Sowjetunion nur zwingen, möglichst viel Geld für die Rüstung auszugeben, damit der Lebensstandard in der Sowjetunion nicht weiter gehoben werden könne.

Der indische Ministerpräsident Nehru lobte in seiner Antwort die Haltung der sowjetischen Staatsmänner zur Goa-Frage, die leider von anderen Mächten nicht verstanden werde.

Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin und der kommunistische Parteichef Chruschtschew fliegen am heutigen Donnerstag von Indien nach dem benachbarten Burma, dem sie einen siebentägigen Besuch abstatten wollen. Burma ist die zweite Etappe der Asienreise der beiden sowjetischen Politiker, die außerdem noch Kaschmir und Afghanistan besuchen wollen. Bulganin und Chruschtschew werden in der burmesischen Hauptstadt Rangun mit Ministerpräsident U Nu und anderen Ministern über politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen beider Länder verhandeln.

Nationalchina gefährdet „Waffenstillstand"

Veto gegen Aufnahme der Mongolei in die UNO — Eisenhower appelliert vergeblich

dmt. New York, 30. November

Die mühsam erzielte Einigung zwischen den westlichen Großmächten und der Sowjetunion, die 18 Länder, die sich um eine Mitgliedschaft in der Weltorganisation bewerben, en bloc in die UNO aufzunehmen, scheint ernsthaft gefährdet. Der nationalchinesische Vertreter im Sicherheitsrat — eins der fünf ständigen Mitglieder — kündigte in New York an, daß er ein Veto gegen die Aufnahme der mongolischen Volksrepublik einlegen werde, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß dadurch auch die anderen 17 Länder weiterhin außerhalb der Vereinten Nationen bleiben müßten.

Im UNO-Gebäude jagen sich die Konferenzen und Besprechungen, um Nationalchina nach Möglichkeit noch umzustimmen. Wie verlautet, hat Präsident Eisenhower selbst bereits zweimal an General Tschiang-Kai-schek appelliert, auf das Veto im Sicherheitsrat zugunsten des mit der Sowjetregierung vereinbarten „Waffenstillstandes" in der Frage der Aufnahme neuer Mitglieder zu verzichten. Allerdings soll sich der nationalchinesische Staatspräsident bisher geweigert haben, dem Wunsch Eisenhowers nachzukommen.

Auf UNO-Mitgliedschaft warten — zum Teil seit vielen Jahren — 13 nichtkommunistische Länder: Italien, Spanien, Japan, Oesterreich, Finnland, Irland, Portugal, Kambotscha, Laos, Ceylon, Nepal, Jordanien und Libyen, und fünf kommunistische Länder: Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien und die mongolische Volksrepublik.

Milchpreis wird um drei Pfennige erhöht

Zucker wird 16 Pfg. je Kilo billiger — Inkrafttreten bis spätestens 1. April

br. Bonn, 30. November

Das Bundeskabinett, das am Mittwoch erstmalig wieder unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers tagte, hat beschlossen, eine Verordnung über den Milchpreis, die eine Erhöhung des Trinkpreises um 3 Dpfg. je Liter vorsieht, an den Bundesrat weiterzuleiten. Sie soll gemeinsam mit der Senkung der Verbrauchersteuern für Zucker (um 16 Dpfg. je Kilo) und Zündwaren in Kraft treten, so daß ein Ausgleich vorhanden ist.

Bundesernährungsminister Lübke versicherte dazu, die Preiserhöhung für die Milch werde den einzelnen Haushalt nicht betasten. Für eine vierköpfige Familie beliefe sich der Mehrbetrag pro Monat auf 1,12 DM, für die Einzelperson auf 0,28 DM. Da zu gleicher Zeit die Rentenzulagen wirksam würden, und überdies die Senkung der Zuckersteuer für jeden Konsumenten eine fühlbare Preisermäßigung nach sich ziehen werde, ergebe sich eine finanzielle Erleichterung für die Verbraucher von jährlich etwa 120 bis 150 Millionen DM.

Der Minister konnte noch keinen Termin für das Inkrafttreten der neuen Verordnungen angeben, da dies von der Arbeit des Bundesrates abhängig ist. Auf jeden Fall soll der Stichtag noch vor dem 1. April 1956 liegen.

Zu dem Kabinettsbeschluß über den Trinkmilchpreis vom Mittwoch erklärte der Deutsche Bauernverband, der Beschluß habe keine neue Lage geschaffen.

Peronisten-Partei wird aufgelöst

dmt. Buenos Aires, 30. November

Die Regierung Aramburu hat am Mittwoch angeordnet, daß die Partei des ehemaligen Staatspräsidenten Perón in ganz Argentinien aufgelöst wird. Den umfangreichen Besitz dieser Partei soll das Innenministerium verwalten.

Durch eine weitere Verordnung der neuen Regierung wird die maßgebende argentinische Zeitung „La Prensa", die von Perón 1951 beschlagnahmt worden war, an die rechtmäßigen Eigentümer, die Familie Paz, zurückgegeben. „La Prensa" hatte sich als einzige Zeitung geweigert, auf offiziellen Druck in eine regierungstreue Linie einzuschwenken, und ihre Unabhängigkeit bis zuletzt bewahrt. Der Herausgeber Dr. Paz lebt gegenwärtig im Exil. Die Zeitung war in den letzten Jahren als Organ des argentinischen Gewerkschaftsbundes erschienen, der eine Hauptstütze des Perón-Regimes darstellte.

Dr. Weitz nach Warschau abgereist

dmt. Bonn, 30. November

Der DRK-Präsident Dr. Weitz ist am Mittwoch im Kraftwagen nach Berlin abgefahren, von wo aus er zu dem angekündigten Besuch seines polnischen Kollegen nach Warschau reisen wird. Dr. Weitz wird dort über die Zusammenführung von noch in Polen weilenden Deutschen mit ihren Angehörigen beraten, die sich in der Bundesrepublik befinden.

Dr. Weitz wird am Freitagabend in Warschau eintreffen und ist vom Leiter der Suchdienststelle Bonn, Dr. Wagner, sowie dem Leiter der Hamburger Suchdienststelle, Ohlsen, begleitet, die sich vornehmlich mit der Frage der vermißten Familienangehörigen beschäftigen. Dr. Weitz wird bis Anfang nächster Woche in Polen bleiben.

Oberst a. D. von Bonin dementierte am Mittwoch eine Behauptung Otto Strassers, Bonin sei einer der führenden Köpfe in Strassers Volksbewegung.

Gebrauchter
Wohnzimmerofen
zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeiger

PFAFF
-Nähmaschinen
Weltmarke Pfaff zu erleichterten Zahlungsbedingungen nur aus dem Fachgeschäft von
Ernst Bergmann · Halver

Holland veröffentlichte Liste deutscher Häftlinge

dpa. Den Haag, 30. November

Die niederländische Regierung veröffentlichte am Mittwoch eine namentliche Liste der noch in Breda gefangengehaltenen 39 deutschen Kriegsverurteilten. Die Liste verzeichnet Urteile und Straftaten sowie Begnadigungen. Sie wurde auf Vorschlag von Kammerabgeordneten veröffentlicht und soll beweisen, daß die im Zuchthaus Breda befindlichen Kriegsverurteilten gemeine Verbrechen begangen haben und deshalb nicht als Kriegsgefangene angesprochen werden können.

Von den Verurteilten haben 15 eine lebenslängliche Strafe zu verbüßen. 9 von ihnen waren zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglich Zuchthaus begnadigt worden. Alle übrigen verbüßen zeitlich begrenzte Freiheitsstrafen zwischen 10 und 20 Jahren.

Pearson: Lieber ein gespaltenes Deutschland

afp Ottawa, 30. November

Der kanadische Außenminister Pearson ist nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion der Auffassung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands bei gleichzeitiger Aufnahme dieses Landes in den Atlantikpakt nicht verwirklicht werden kann. Aus diesem Grunde zieht er die Beibehaltung der Spaltung Deutschlands der Schaffung eines nicht kontrollierten geeinten Deutschlands vor.

Dies erklärte ein hoher kanadischer Regierungssprecher einem Vertreter der französischen Presseagentur. Der Sprecher fügte hinzu, es sei nun an der Zeit, etwas weniger von der Wiedervereinigung und um so mehr von der europäischen Integration zu sprechen, da man hoffen könne, daß diese Integration Europas mit der Zeit ihre Anziehungskraft auf Ostdeutschland ausüben werde.

Dr. Krone 60 Jahre

dpa. Bonn, 1. Dezember

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Dr. Heinrich Krone, vollendet heute sein 60. Lebensjahr.

Dr. Krone, der dem Bundestag seit 1949 als Berliner Abgeordneter angehört, stammt aus Hessisch-Oldendorf, studierte moderne Sprachen, Latein und Volkswirtschaft und legte 1920 die wissenschaftlichen und pädagogischen Prüfungen für das Lehramt an höheren Schulen ab. Seit 1922 war Dr. Krone als stellvertretender Generalsekretär der deutschen Zentrumspartei und als Sekretär des Reichsverbandes der deutschen Windthorstbünde tätig. Von 1925 bis 1933 gehörte Krone dem Deutschen Reichstag an. Nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik war Dr. Krone in der Privatwirtschaft tätig, bis ihn die Nationalsozialisten 1944 verhaften ließen. Nach Kriegsende beteiligte sich Dr. Krone an der Gründung der CDU in Berlin. Er wird wegen seiner ruhigen und sachlichen Art weit über die Grenzen seiner politischen Freunde hinaus geschätzt; auch mit dem Oppositionsführer Ollenhauer verbindet ihn eine alte Freundschaft aus gemeinsamer Berliner Jugendarbeit.

Atomabkommen mit den USA

tm. Bonn, 30. November

Die Bundesregierung billigte am Mittwoch einen Entwurf über ein Atom-Abkommen mit den Vereinigten Staaten. Aehnliche Abkommen haben die USA bereits mit 23 Nationen geschlossen. Sie ermöglichen eine Zusammenarbeit beim Bau von Forschungsreaktoren für friedliche Zwecke.

Die deutsche Atom-Kommission wird bereits in Kürze gebildet werden. Ihr werden 25 namhafte Wissenschaftler angehören, die als Hauptaufgabe das erste deutsche Kernenergie-Gesetz beraten werden, das schon im kommenden Frühjahr an den Bundestag gehen soll. Nach den Plänen des Atom-Ministeriums soll der wissenschaftliche Nachwuchs so gefördert werden, daß ab 1960 mindestens 1000 Atomwissenschaftler und Techniker zur Verfügung stehen, damit der deutsche Rückstand auf dem Atomgebiete, der von Experten auf 10 bis 15 Jahre geschätzt wird, schnellstens überwunden werden kann.

Bundesgerichtshof schränkt StVO ein

Wichtige Entscheidung über Einordnen der Fahrzeuge — Bonn für 8 Tonnen Achslast

dmt. Bonn, 30. November

Der Bundesgerichthof hat am Mittwoch die Bestimmung der Straßenverkehrsordnung über das Einordnen der Kraftfahrzeuge zur Straßenmitte entscheidend eingeschränkt.

Während bisher die Straßenverkehrsordnung in ihrem § 8 grundsätzlich verlangte, daß Fahrzeuge, die links einbiegen wollen, sich möglichst weit links einordnen müßten, erklärten jetzt die Bundesrichter, die Bestimmung betreffe nicht jene Kraftfahrzeuge, die nach links in eine Grundstückseinfahrt aus dem fließenden Straßenverkehr einbiegen wollen.

Der Leiter der Abteilung Straßenverkehr im Bundesverkehrsministerium, Ministerialdirigent Straulino, sagte vor Pressevertretern in Bonn, die Bundesregierung setze sich für eine Beschränkung der Achslast bei Kraftfahrzeugen auf acht Tonnen ein. Schwerere Lastzüge mit Anhängern gebe es in keinem andern Land der Welt. Bei einem Gesamtbestand von 5,7 Millionen Kraftfahrzeugen in der Bundesrepublik würden nur 17 400 Fahrzeuge von der beabsichtigten Einschränkung der Achslast betroffen werden.

Bremer Werft baut billiger

dpa. Stockholm, 30. November

Der schwedische Verteidigungsminister Nilsson rechtfertigte am Mittwoch im Reichstag einen Auftrag, den die schwedische Regierung für fünf Torpedoboote der Lürßen-Werft in Bremen erteilt hat. Der schwedische Staat habe durch die Vergebung des Auftrages nach Deutschland etwa 1 375 000 Schwedenkronen eingespart. Militärische Geheimnisse würden dadurch nicht gefährdet, da die Bestückung und sonstige Einrichtung der Boote in Schweden eingebaut würden.

Niedersachsen-Toto bereitet Sorgen

Sportreferent des Kultusministers beurlaubt — Staatliche u. private Funktionen verquickt

Hannover. Der neue niedersächsische Kultusminister Tantzen hat am Mittwoch den Sportreferenten seines Ministeriums, Oberregierungsrat Hünecke, vorsorglich vom Dienst beurlaubt. Hünecke war für die Aufsicht über den niedersächsischen Fußballtoto zuständig, bevor dieser am 16. Juli in eine GmbH. umgewandelt wurde, und vereinigte in seiner Person vier staatliche und zwei private Funktionen, die im Zusammenhang mit dem Fußballtoto standen.

Hünecke war Sportreferent im Kultusministerium, Vorsitzender des Ausschusses für die Totoannahmestelle, Vorsitzender des Ausschusses, der die Gelder aus dem Toto verteilte, und als Referent zuständig für die Festsetzung der Wettbestimmungen. Daneben hatte er als Privatmann das Amt des Vorsitzenden des Landessportbundes Niedersachsen inne, und war gleichzeitig Vorsitzender des Toto-Ausschusses im Landes-Sportbund. Er übte damit in seiner staatlichen Funktion die Aufsicht über eine Institution aus, an der er privat maßgeblich beteiligt war.

Zu der Tatsache, daß die Landesregierung die Untersuchung über die Vorkommnisse beim Fußballtoto an die Staatsanwaltschaft abgegeben hat, betonte ein Regierungssprecher, daß die Wettenden beim Fußballoto nicht geschädigt wurden. Der Sprecher deutete aber an, daß neben den bereits aufgedeckten Eigenheim-Manipulationen auch der Verdacht einer finanziellen Schädigung des Fußballtotos bestehe. Der Verdacht richte sich nicht gegen eine, sondern gegen mehrere Personen.

Ein naher Verwandter des beurlaubten Oberregierungsrats Hünecke ist ein Bauunternehmer, der selbst sechs Eigenheimansprüche aufgekauft hat. Weiter wird bekannt, daß bei Hünecke im Kultusministerium eine Sekretärin gearbeitet hat, die vom Toto oder vom Landessportbund bezahlt wurde. Der für die Aufsicht über den Toto eingesetzte Beamte übte diese also während seiner Dienstzeit im Kultusministerium mit Hilfe einer Sekretärin aus, die von dem gleichen Organ bezahlt wurde, das zu beaufsichtigen war. K. G.

Bundesminister Strauß siegte

dff. München, 30. November

Das Amtsgericht München hat heute den Redakteur der „Welt der Arbeit", Rud. Wörl, wegen Beleidigung des Bundesministers Strauß zu 500 DM Geldstrafe und zur Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens verurteilt.

Dem Prozeß lag eine Rede des stellv. CSU-Vorsitzenden Strauß zugrunde, der am Aschermittwoch dieses Jahres in Vilshofen in Niederbayern erklärt hatte, daß Angehörige der Bayerischen Bereitschaftspolizei nach vorliegenden Informationen künftig in Lehrgängen der Gewerkschaften geschult werden sollen. Die CSU hatte diese Behauptung bis zu einer Gegenerklärung des Innenministers voll aufrechterhalten. In einem Artikel der „Welt der Arbeit" wurde von einer „politischen Brunnenvergiftung durch den Bundesminister Strauß" gesprochen. In dieser Behauptung erblicke das Gericht eine gröbliche Beleidigung und Verächtlichmachung eines im öffentlichen Leben stehenden Politikers.

Neue Luftverkehrsgesellschaft

dmt. Frankfurt, 30. November

Die Deutsche Bundesbahn, die Lufthansa, die Hapag Hamburg und der Norddeutsche Lloyd Bremen sind übereingekommen, eine Luftfahrtgesellschaft für den gewerblichen Gelegenheitsverkehr ins Leben zu rufen. Die Gesellschaft will in enger Zusammenarbeit mit der Lufthansa den Gelegenheitsverkehr für Personen und Frachten nach dem Ausland und Uebersee mit eigenen Maschinen betreiben.

Durch die Organisation dieses Charterdienstes soll der Liniendienst der Lufthansa ergänzt und eine enge Zusammenarbeit mit den Reisebüros auf dem Gebiet des Ferienreiseverkehrs angestrebt werden. Für das Unternehmen, das in Frankfurt seinen Sitz haben wird, ist ein Aktienkapital von drei Mill. DM vorgesehen, dessen Majorität Hapag und Lloyd übernehmen werden.

Kurz notiert

Der frühere Senator und Vorsitzende des Außenpolitischen Senatsausschusses Conolly richtete einen eindringlichen Appell an den amerikanischen Kongreß, ein Gesetz über die vollständige Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums zu verabschieden. Er sagte: „Wir schulden es dem neuen Deutschland, daß wir es als vollberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie behandeln." Conally begründete seine Forderung damit, daß die Bundesrepublik die Dollar-Guthaben brauche, um die zusätzlichen Lasten der Aufrüstung zu tragen. Zudem könne dadurch Bundeskanzler Adenauer unterstützt werden, der sich besonders für die Rückgabe des Eigentums eingesetzt habe.

Der belgische Außenminister Spaak bestritt am Mittwochnachmittag vor der belgischen Abgeordnetenkammer entschieden, daß er vorgeschlagen habe, die deutsche Bundesregierung sollte in der Frage der Wiedervereinigung direkte Kontakte mit der Sowjetunion aufnehmen. Spaak betonte, er habe stets die europäische und die Wiedervereinigungspolitik des Bundeskanzlers gebilligt und seine Haltung in keinem Augenblick geändert.

Bundespräsident Heuss nahm am Mittwochmorgen an einem Trauergottesdienst für den am 12. November verstorbenen Bundesminister Tillmanns teil. Auch die Minister Schröder, Neumayer und Kaiser, zahlreiche politische Freunde des Verstorbenen und der niedersächsische Ministerpräsident Hellwege waren zugegen.

Die polnische Regierung hat sich für die Errichtung der geplanten internationalen Atomenergiebehörde ausgesprochen.

Für 24 000 Arbeiter der chemischen Industrie Niedersachsens ist ein neuer Lohntarif vereinbart worden, der je nach Lohngruppen oder Ortsklassen Stundenlohnerhöhungen zwischen 11 und 13 Pfennig bringt.

Bewaffnete Gruppen der FDJ werden künftig die Sowjetzonen-Grenzpolizei bei der Jagd auf „illegale Grenzgänger" unterstützen, teilt das Organ der FDJ „Junge Welt" mit.

Der Vizepräsident des Obersten Gerichts der Sowjetzone, Ziegler (SED), hat eine Reihe von Delikten zu „Staatsverbrechen" erklärt, die in Zukunft härter bestraft werden sollen. Dazu zählt zum erstenmal auch die „Abwerbung" von Ingenieuren, Facharbeitern, Künstlern oder Spitzensportlern aus der Sowjetzone.

Präsident Berg vom Bundesverband der Industrie betonte, daß die Wiederaufrüstung zur Rationilisierung zwinge. Sie sei auch deswegen notwendig, weil die Lohn- und Gehaltserhöhungen die Kaufkraft gestärkt haben und die bevorstehenden Steuererleichterungen eine zusätzliche Nachfrage nach Konsumgütern bringen werde.

Der Leiter der DGB-Wirtschaftsabteilung, Rosenberg, warnte davor, die Rationalisierung als ein Allheilmittel anzusehen und die Maschine über-, den Menschen aber unterzubewerten. Die Gewerkschaften seien zu einer Unterstützung der Rationalisierung nur dann entschlossen, wenn die Werktätigen an der rationelleren Produktion beteiligt werden.

Bessere Betreuung für neurotische Kinder

Kiels Aerzte fordern Krankenhaus-Spezialabteilungen

Kiel. Das Land Schleswig-Holstein möchte für neurotisch erkrankte Kinder und Jugendliche mehr tun. Die Professoren der Kieler Universitäts-Nervenklinik fordern, daß in Schleswig-Holstein drei Abteilungen bei den vorhandenen Landeskrankenhäusern eingerichtet werden, um nervenkranke Jugendliche stationär zu behandeln. Nach einem vorliegenden Plan soll zunächst beim Landeskrankenhaus in Schleswig eine derartige Abteilung eingerichtet werden. Hier steht ein besonderes Gebäude zur Verfügung, das später den Namen eines berühmten Pädagogen tragen soll.

In Kiel besteht bereits eine nach amerikanischem Muster errichtete Child-Guidance-Klinik, die die ambulante Behandlung von neurotisch kranken Kindern mit gutem Erfolg übernommen hat. In Kiel ist man der Ansicht, daß diese eine Klinik aber nicht ausreicht. Vor allem können hier keine Fälle behandelt werden, die wegen ihrer Schwere einen Krankenhaus-Aufenthalt nötig machen. Prof. Störring von der Kieler Universitätsklinik sieht das vermehrte Aufkommen von Nervenstörungen bei Kindern und Jugendlichen vor allem in den schwierigen kulturellen Verhältnissen unserer Zeit. Vielfach finden die Kinder auch im Elternhaus keine Ruhe und seelische Hilfe, meint er. Da sei es die Aufgabe von Aerzten, den jungen Menschen behutsam die Werte des Lebens nahezubringen und sie aus dem übertechnisierten hektischen Alltag herauszuführen.

Die jugendpsychiatrischen Klinikabteilungen sollen aber vor allem der sachverständigen Beratung von Jugendrichtern, Erziehern in Landesjugendheimen und Fürsorgeeinrichtungen dienen.

R. B.





KULTUR-KREIS HALVER
Besinnlich-heitere „Lechterstunne"
mit dem Maler-Poeten
Heinz Wever
Unter dem verlockenden Motto „Ne Mule vull Platt un süs noach wat" liest der Maler-Dichter und Weltreisende aus seinem köstlichen Buch „Buernkost" und erzählt aus seinem reichen Künstlerleben.
Die Veranstaltung findet am Sonnabend, dem 3. Dezember 1955
im Feierraum der Firma
Heinr. Jung & Sohn
(Jungschmiede)
statt
und beginnt abends um 20 Uhr.
Eintrittskarten wie üblich an der Abendkasse: DM 1.- (für Mitglieder), 1.50 (für Gäste) und 0.50 (für Schüler und Lernende).





Nur ein kleiner Ausschnitt aus meinem umfangreichen Sortiment des
modernen Hausrats.
Alle Wünsche können hier erfüllt werden.
Ernst Bergmann
Frankfurter - Ecke Thomasstr.
Telefon 510

REICHSBUND
„Reichsbund"
Ortsgruppe Rönsahl
Unser nächste Versammlung und Aussprache findet am Sonnabend, dem 3. Dezember um 15.45 Uhr im Hotel Sure statt.

Wir suchen für sofort
1 kaufmännischen
Lehrling
(Lehrmädchen)
Kirchhoff & Co. K.-G.
Oeckinghausen

HEISSMANGEL - MIETWASCHKÜCHEN
errichtet in Ratenzahlungen
Julius Höwing, Bochum, Hattinger Str. 85

Waschmaschinen?
Doch besser eine Miele!
Fragen Sie zuerst Eisen-Herdepe

2 Rinder
Tbc-frei
1 hochtragende Sau
zu verkaufen..
Telefon Halver 712

Manuskripte bitte deutlich schreiben!

Bekanntmachung

Die Ausgabe der Lohnsteuerkarten für 1956 erfolgt ab Donnerstag, den 1. Dezember 1955, für alle Arbeitnehmer, die am 20. September 1955 in der Gemeinde Halver wohnhaft waren, im Amtshaus, Zimmer 2 a, in der Zeit von 8 bis 12.30 Uhr.

Für die Schulbezirke Oberbrügge und Ehringhausen erfolgt die Ausgabe am Mittwoch, dem 7. Dezember 1955, in der Geschäftsstelle Oberbrügge — Gebäude Steinbach — von 8 bis 12 Uhr.

Halver, den 29. November 1955.

Der Amtsdirektor: Lohoff.